

Beteiligungsförderung ungehörter Interessen

am Beispiel des Stadtteils Köln Kalk



Der *Sozial*-Wissenschaftsladen ist eine Anlaufstelle für Praxis und Zivilgesellschaft an der Hochschule. Praxisvertreter_innen, Betroffenenverbände und Bürger_innen können sich mit Fragen und Ideen für Forschungsprojekte an den *Sozial*-Wissenschaftsladen wenden. Diese Anfragen werden dann an Professor_innen und Studierende vermittelt und können im Rahmen von Seminaren oder Abschlussarbeiten bearbeitet werden. Ein besonderer Stellenwert kommt der Beteiligung der Anfragenden am Forschungsprozess zu – denn als Expert_innen aus eigener Erfahrung bringen sie wertvolles Wissen mit, das sonst häufig unsichtbar bleibt. Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter www.sozial-wissenschaftsladen.net

Der *Sozial*-Wissenschaftsladen ist ein Pilotprojekt des Transfernetzwerks Soziale Innovation – s_inn mit Standorten an der Katholischen Hochschule NRW, Abt. Köln, und der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in Bochum. Das Transfernetzwerk Soziale Innovation – s_inn wird gefördert im Rahmen der Bund-Länder-Initiative „Innovative Hochschule“.

Verfasst von:

Johannes Alt

Eva Berg

Julian Bickmann

Vanessa Kohlhaas

Yannik Werkhausen

Maike Wippermann

Projektleitung:

Prof. Dr. rer. pol. habil. Werner Schöning

Begleitet vom Sozial-Wissenschaftsladen
Köln (Annalena Weist und Katharina Lutz)

Kooperationsanfrage durch:

Kölner Freiwilligen Agentur e.V.

Datum: September 2022

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung	4
2. Methodische Hinweise	5
3. Ergebnisse	6
3.1 Zehn Grundsätze für gelingende Bürger_innenbeteiligung	8
3.2 Verflechtung mit bestehenden Strukturen der KFA.....	10
4. Zusammenfassung und Fazit	11
Quellen	13

1. Einführung

„Ich bin keine von denen, die große Ratschläge gibt, da ich nicht wirklich genau einschätzen kann, was hilfreich ist. Mit der Zeit habe ich jedoch gelernt, dass es viel Formen der Beteiligung gibt – vor allem, wenn man denkt es gäbe keine.“ (McArthur 2022)

Innerhalb der Gesamtheit der Beteiligungsverfahren zeigt sich regelmäßig, dass Menschen, die bestimmten Personenkreisen oder -gruppen zugeordnet werden können, eher erreicht werden und entsprechende Möglichkeiten zur Beteiligung nutzen (v. a. ältere Menschen mit hohem sozioökonomischem Status) als andere Personengruppen (z. B. jüngere Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status oder mit internationaler wie auch Fluchtgeschichte). In Deutschland ist politische Mitwirkung gesetzlich vor allem durch den demokratischen Anspruch auf Wahlen (Art. 20 GG) und im Baurecht in Form von formellen Beteiligungsverfahren juristisch verankert (§1 Abs. 3 Baugesetzbuch). Über diese formellen Verfahren hinaus gewinnen vor allem informelle Beteiligungsverfahren, welche nicht rechtsverbindlich und thematisch wesentlich weniger beschränkt sind, in den letzten Jahrzehnten in Deutschland an Relevanz. Eine aktuelle und dezierte Übersicht zu der Historie und aktuellen Trends, zu den Themen Engagement und Beteiligung, bietet hierzu das Verbundprojekt: „ENGAGE – Engagement für nachhaltiges Gemeinwohl“ (Verbundprojekt ENGAGE 2022).

Das Ziel, Beteiligung für alle Bürger_innen zugänglich zu machen, wird in Köln unter anderem durch die Kölner Freiwilligen Agentur e.V. (KFA) verfolgt, welche 1997 als Verein gegründet wurde. Die KFA stellt dabei eine Vermittleragentur zwischen engagierten Kölner Bürger_innen, Unternehmen, gemeinnützigen Einrichtungen und öffentlichen Betrieben dar. Sie nimmt dabei unter anderem die Aufgabe wahr, die Mitwirkung der Bürger_innen der Stadt Köln in Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren zu fördern.

Im Sinne der Förderung von Beteiligung von Bürger_innen gilt es seitens der KFA herauszufinden, wie die bisher nicht erreichten Personengruppen, jene mit so genannten „schwachen Interessen“, im Prozess von Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren ebenfalls erreicht werden könnten. Daher trat die KFA mit einer entsprechenden Anfrage an den *Sozial-Wissenschaftsladen* heran, der diese an Studierende des Masterstudiums „Innovationsmanagement in der Sozialen Arbeit“ der Katholischen Hochschule NRW vermittelte. Im Rahmen eines dreisemestrigen Lehrforschungsprojektes (Frühjahr 2021 – Sommer 2022) beschäftigte sich die Studierendengruppe im Forschungsprozess zunächst mit Theorien zu „schwachen Interessen“, Sozialraumorientierung und Bürger_innenbeteiligung. Durch den aktuellen Literaturstand, Diskussionen und Rückkoppelung in die Praxis ergab sich die Forschungsfrage „Wie können in den Kölner Veedeln Beziehungen für eine nachhaltige Zusammenarbeit mit den stillen Gruppen aufgebaut werden, um die Basis für eine bedarfsorientierte Stadtteilentwicklung zu schaffen?“.

Aus dieser Frage wurde folgende Hypothese abgeleitet, die anhand bestimmter Erkenntnisziele explorativ erforscht werden konnte: „Es bedarf einer Beziehung, um eine nachhaltige Zusammenarbeit mit den Gruppen mit schwachen Interessen aufzubauen“. Aus dieser Hypothese lässt sich zum einen das Erkenntnisziel ableiten, die Bedürfnisse und Interessen der Bürger_innen in Bezug auf ihren Stadtteil zu ermitteln. Zum anderen sollte erforscht werden, welcher Beziehung es bedarf, um eine selbstbestimmte Unterstützung der Bürger_innen umzusetzen. Im Zentrum der Forschung standen zudem die Feststellung von für die Bürger_innen relevanten Akteur_innen im Stadtteil sowie die Wahrnehmung der Bürger_innen und Expert_innen in Bezug auf die Beteiligungsmöglichkeiten im Stadtteil.

Um die Hypothese und schließlich die Fragestellung zu beantworten, wurde ein Mixed Methods Design gewählt, bestehend aus quantitativen Straßenbefragungen im Kölner Stadtteil Kalk und qualitativen Expert_inneninterviews mit lokal und thematisch relevanten Akteur_innen.

2. Methodische Hinweise

Um der Forschungsfrage nachzugehen, wurde in der Entwicklung des Forschungsprojektes ein Mixed Methods Design gewählt. Aufgrund der zeitlichen und personellen Ressourcen wurde exemplarisch für die Kölner Veedel der Stadtteil Köln Kalk untersucht.

Für eine Beantwortung der Forschungsfrage wurde anschließend aufgrund der zuvor benannten Erkenntnisziele und des im Stadtteil Kalk wenig beforschten Themengebietes der Bürger_innenbeteiligung im Forschungsdesign ein exploratives Vorgehen implementiert. Dieses Vorgehen unterteilte sich in drei Schritte, die einer aufsuchenden Forschung im Feld als Grundlage folgten. Diese drei im Folgenden beschriebenen Schritte waren der Hauptteil des Forschungsprozesses (Abb. 1).

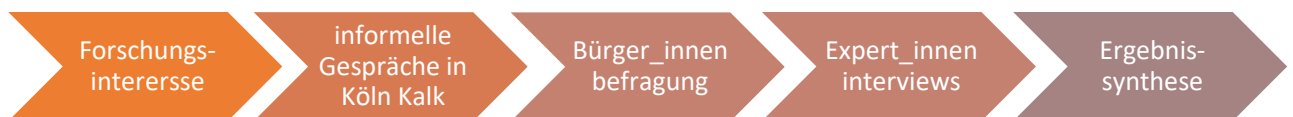


Abbildung 1: Forschungsprozess (eigene Darstellung)

Im ersten Schritt wurden in informellen Gesprächen mit zentralen Akteur_innen in Köln Kalk erste Informationen über den Stadtteil sowie dessen Bürger_innen und die Bürger_innenbeteiligung in Köln Kalk gesammelt. Daran anschließend wurde aus den Informationen ein Fragebogen entwickelt, mit dem nach einem Mixed Methods Design in einem halbstrukturierten Leitfadeninterview eine Befragung von Bürger_innen in Köln Kalk durchgeführt wurde. Es wurden Orte ausgewählt, an denen die Befragungen der Bürger_innen auf der Straße stattfinden sollten. Um eine möglichst heterogene Gruppe zu erreichen, wurden für die Durchführung unterschiedliche Wochentage und unterschiedliche Tageszeiten gewählt. Die Straßenbefragungen fanden "face-to-face" in der gewohnten Umgebung der Bürger_innen statt.

Anschließend an die Befragung der Bürger_innen auf der Straße wurden einige Expert_innen aus dem Stadtteil Köln Kalk für ein Interview angefragt. Diese wurden mittels eines Leitfadens durchgeführt, welcher aus einer Kopplung der Erkenntnisziele und der Ergebnisse aus der Bürger_innenbefragung entwickelt wurden. Durch sechs Expert_inneninterviews mit Expert_innen aus der Stadtverwaltung, der Kommunalpolitik und verschiedenen institutionellen Akteur_innen verschiedener sozialer und öffentlicher Bereiche in Köln Kalk konnte so eine Rückkopplung der Ergebnisse mit der praktischen Tätigkeit der Bürger_innenbeteiligung im Stadtteil realisiert werden. Außerdem führte die Kombination der Bürger_innenbefragung und der Expert_inneninterviews im Allgemeinen zu einem vielschichtigen sowie multiperspektivischen Verständnis der Bürger_innenbeteiligung im Stadtteil Köln Kalk. Nach den jeweiligen Erhebungszeitpunkten wurden die Daten mittels qualitativer Inhaltsanalyse und quantitativen Auswertungsmethoden verarbeitet. Dadurch fand ebenfalls eine Methodenkombination statt, die das Mixed Methods Design erweiterte. Abschließend ist zu resümieren, dass durch das beschriebene Mixed Methods

Design sowohl in der Erhebung als auch in der Auswertung sowie deren Kombination „die Integration qualitativer und quantitativer Verfahrensweisen damit zu einem erhöhten Erkenntnisgewinn“ (Kluge 2001, S. 44) beigetragen hat.

3. Ergebnisse

Zusammenfassend lässt sich zu den beiden Befragungsrunden sagen, dass die Bürger_innen und Expert_innen in den meisten Themen zur Beteiligung ähnliche Meinungen vertreten. Die jeweilige Perspektive verändert den Zugang und Weg dorthin, allerdings kommen beide Parteien in den meisten Themen zu ähnlichen oder sogar gleichen Schlüssen. Im Folgenden werden ergänzend einige Ergebnisse vorgestellt, welche die Forschenden in Form von Hypothesen aus den qualitativen Daten der Befragungsrunden synthetisieren konnten.

Aus der Bürger_innenbefragung ging hervor, dass ein Großteil der Bürger_innen nicht weiß, wie sie ihre Wünsche einbringen können. Diese Erkenntnis wird durch die Expert_innen bestätigt und mit fehlendem Wissen, etwa über Beteiligungsmöglichkeiten, aber auch mit lebensweltlichen Problemen der Bürger_innen, welche sich in fehlender Zeit, Energie und Interessen ausdrücken, begründet. Daraus ergibt sich zum einen die Annahme, dass Beteiligungsverfahren zu Themen außerhalb der Lebenswelten der betroffenen Bürger_innen diese perspektivisch weiterhin nicht erreichen werden. Insgesamt kann aufgrund des Zusammenspiels der Faktoren Zeit, Energie, Wissen und Interesse die These formuliert werden, dass Beteiligungsverfahren aufgrund der heterogenen Lebenswelten und Interessenslagen weiterhin nicht alle Bürger_innen erreichen werden.

In den Interviews beider Gruppen zeigte sich, dass ein zielgruppenspezifisches Vorgehen bevorzugt wird und über die Bedarfe der Bürger_innen wieder ein Bezug zum eigenen Stadtteil hergestellt werden könnte. In den Bürger_innenbefragungen wurde beispielsweise deutlich, dass die Bürger_innen eher konservative Themen beschäftigen und diese scheinbar nicht bedient werden. Es sollte demnach berücksichtigt werden, dass Beteiligungsverfahren eine stärkere Resonanz erfahren, wenn dem Schema „Lebenswelt- vor Anlassbezug“ nachgegangen wird. Dies wurde durch die Rückmeldung der Expert_innen bestätigt. Allerdings ist gesamtgesellschaftlich zu prüfen, ob es in gewissen Fällen sinnvoll, notwendig und angemessen ist, mit einem bestimmten Anlass zu beginnen, der durch die Informationen und Bedarfe aus den Lebenswelten gefüllt oder erweitert wird.

Um an die Lebenswelten und Menschen heranzukommen, sollte außerdem die Leitlinie „aufsuchend vor institutionalisiert“ verfolgt werden. Dies meint insbesondere, dass Beteiligungsverfahren möglichst niedrigschwellig und unbürokratisch sind und die Menschen in ihrer Lebenswelt aufgesucht werden, anstatt darauf zu warten, dass diese beispielsweise proaktiv Institutionen aufsuchen. Allerdings werden Institutionen dennoch benötigt, denn die Bürger_innen assoziierten Beteiligung häufig mit städtischen (47,50 %) oder nicht-städtischen (37,30 %) Akteur_innen sowie religiösen Glaubensgemeinschaften (23,70 %). Dies zeigt, dass es Institutionen braucht, an die Beteiligungsverfahren angebunden werden können. Außerdem sind alle Menschen in ihrem Leben immer wieder in unterschiedlichste Institutionen eingebunden, sodass sie dort erreichbar sind. Diese könnten durch häufig in den Interviews genannte Orte, wie Parks und Cafés, und Orte, an denen soziale Unterstützung angeboten wird, erweitert werden, da diese

ein anderes Setting darstellen und dort auch weitere Personen erreichbar sind. In den Antworten zeichnet sich nach der eingehenden Analyse der Daten demnach ein ambivalentes Bild in Bezug auf das Begriffspaar „aufsuchend vor institutionalisiert“ ab. Die Bürger_innen und Expert_innen sind an dieser Stelle eher der Meinung, es sollte ein institutionalisiertes Aufsuchen der zu beteiligenden Menschen geben. Dadurch würde die strukturierte, organisierte, langfristige und nachhaltige Struktur der Institutionen, die insbesondere direkt in den Lebenswelten der Menschen eingebettet und nicht darüber installiert werden sollten, das Fundament bilden, die Menschen aufsuchen und erreichen zu können.

Abschließend steht das letzte Begriffspaar „Freiwilligkeit vor Zwang“. In Bezug darauf waren sich beide Gruppen einig, dass Freiwilligkeit gegeben sein muss und durch offene und niedrighschwellige Strukturen erreicht werden kann. Hier muss allerdings darauf geachtet werden, dass Beteiligung nicht zu einer passiven Verantwortungsabgabe führt. Dies kann durch einen direkten Bezug zum Thema und konkrete, aktive Einsatzmöglichkeiten für die Bürger_innen vermieden bzw. zumindest verringert werden. Um Nachhaltigkeit zu gewährleisten und andere Bürger_innen zu motivieren sich freiwillig zu beteiligen, ist es außerdem zentral, dass die Bürger_innen und deren Engagement Selbstwirksamkeit und Wertschätzung erfahren. Wenn jedoch mit Zwang vorgegangen wird, hat dies eher den Effekt, dass Beteiligung verweigert wird. Daher sollte darauf aufgebaut werden, die Solidarität unter den Bürger_innen zu stärken, Engagement zu würdigen sowie niedrighschwellige Angebote für freiwillige Beteiligung zu schaffen.

Trotz des soziokulturell heterogenen Erhebungsfeldes war dennoch eine weitere, besonders relevante Erkenntnis, dass zuvor antizipierte Sprachbarrieren kein Ausschlusskriterium im Erhebungsprozess darstellten. Auch die Bezeichnung „schwache Interessen“ stieß auf viel Ablehnung und Widerspruch. Personen, die mit diesem Begriff bezeichnet werden sollten, empfanden ihn als Abwertung der eigenen Person und der eigenen Handlungsmöglichkeiten. Sie haben häufig sehr wichtige, starke Interessen, beispielsweise das Interesse an der materiellen Versorgung der Familie. Schwach, beziehungsweise schwächer, sind ihre Interessen lediglich in dem Sinne, dass es für diese Personengruppen schwieriger ist, ihre Anliegen in öffentliche Diskussionen einzubringen und sich dadurch für die Umsetzung ihrer Interessen einzusetzen. Die Forschungsgruppe kritisiert zudem die in der Literatur von Toens und Benz (2019) verwendete Unterscheidung zwischen erwerbsstarken und -schwachen Gruppen als Merkmal zur Einteilung zwischen starken und schwachen Interessen. Bereits durch die weiteren literarischen Erkenntnisse wurde diese Behauptung widerlegt, welche besagten, dass auch Personengruppen mit geringen finanziellen Ressourcen organisations- und artikulationsfähig sind. Auch die Ergebnisse dieses Forschungsprojektes haben gezeigt, dass die befragten Personen über Möglichkeiten verfügen, um sich einzubringen. Auch, wenn vielen der befragten Personen zunächst einmal nicht bewusst ist, dass sie sich beteiligen, findet Beteiligung auf einem niedrighschwelligem Niveau statt. Gleichzeitig haben die Untersuchungen aber auch verdeutlicht, dass Beteiligungsbemühungen häufig nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben, häufig wurde ausgesagt, auf die Bemühungen keine entsprechende Reaktion erhalten zu haben. Die Forschungsgruppe appelliert deshalb dafür, statt des Begriffes „schwache Interessen“ den Begriff „ungehörte Interessen“ zu verwenden.

3.1 Zehn Grundsätze für gelingende Bürger_innenbeteiligung

Anschließend werden zehn Grundsätze für gelingende Bürger_innenbeteiligung vorgestellt, die anhand der Ergebnisse sowie Aspekten der Diskussion entwickelt wurden und innerhalb eines ebenfalls entwickelten Modells zur praxisbezogenen Beteiligungsaktivierung verortet werden.

Beteiligungsverfahren sollten ...

1. die **Aktivierung** von Bürger_innen **fördern**, ohne dabei den zentralen Wert der **Freiwilligkeit** in Beteiligungsverfahren abzuerkennen.
2. einen **lebensweltorientierten** Anlass haben bzw. an den **Alltagsbedarfen** der Betroffenen orientiert sein.
3. zuerst **aufsuchend** gestaltet sein, um dann an **institutionalisierte** Verfahren anzubinden oder Institutionen in den Lebenswelten als Gatekeeper nutzen, um aufsuchend tätig werden zu können. (Zielgruppen abhängig)
4. **niedrigschwellig & unbürokratisch** sein.
5. immer **zielgruppenspezifisch** gestaltet sein.
6. **Selbstwirksamkeitserfahrung** fördern und **transparent** gestaltet sein (klare und verständliche Kommunikation zu Vorhaben und Umgang mit den Ergebnissen, in denen sich die Beteiligten wiederfinden können).
7. auf eine **langfristige & vertrauensvolle** Zusammenarbeit abzielen (nicht nur den eigentlichen Anlass fokussieren).
8. bestehende Angebote stärker **verbreiten, fördern & nutzen** (Hinweis durch bekannte, etablierte Institutionen wie Schulen).
9. auch **passive Beteiligungsgewinne** berücksichtigen (auch wenn Bürger_innen sich nicht unmittelbar beteiligen, können sekundäre Ziele wie Imageverbesserung oder die Verbreitung der Verfahren werden; Stichwort: „Sich gehört fühlen“).
10. einen alternativen **Beteiligungsbegriff** bewerben (für viele Menschen ist „Beteiligung“ **diffus** und **nicht greifbar**: Bürger_innen denken, sie würden sich nicht beteiligen, wenn sie z. B. Nachbarschaftshilfe leisten oder im Bürgerhaus partizipieren, da Beteiligung als hochschwellig und formell wahrgenommen wird, womit sich viele **nicht identifizieren** können).

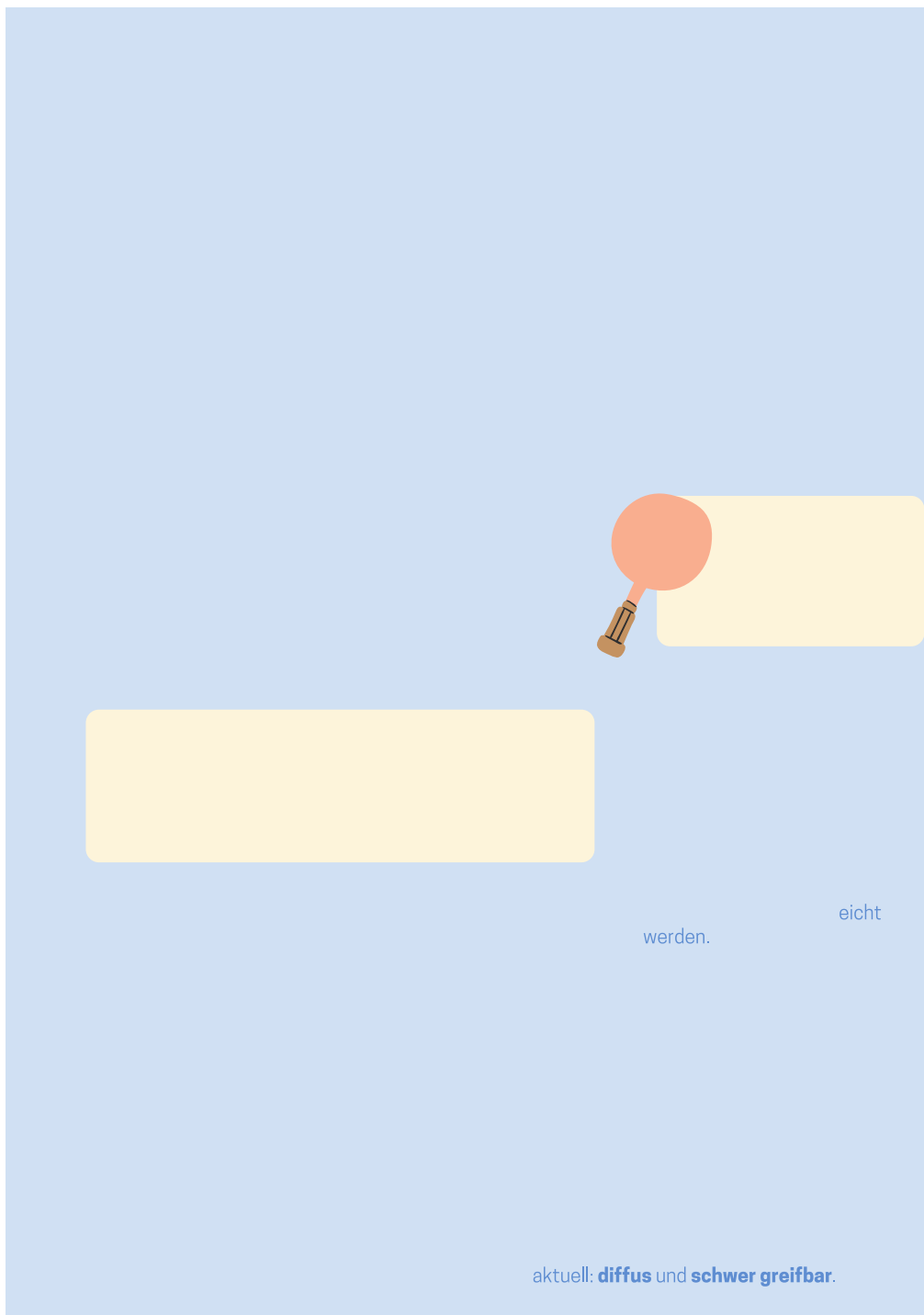


Abbildung 2: Zehn Grundsätze für gelingende Bürger_innenbeteiligung (eigene Darstellung)

3.2 Verflechtung mit bestehenden Strukturen der KFA

Anhand der Erkenntnisse des Forschungsvorhabens lässt sich die Tendenz ausmachen, dass nicht ein Mehr von Angeboten und Initiativen entscheidend für eine bedarfsgerechte Aktivierung ist, sondern viel mehr der Wunsch nach einer Verzahnung von Angeboten und Lebenswelten besteht. Dieser Prämisse folgend erscheint es als zentral die diskutierten Ableitungen für die Praxis in aktuelle, bestehende Strukturen einzufügen. So lassen sich die entworfenen *Zehn Grundsätze für gelingende Bürger_innenbeteiligung* als Erweiterung des bereits bestehenden Kompetenzfundamentes, bestehend aus Methodik und Erfahrungswissens, der KFA begreifen. Dieses wachsende, lebendige Fundament stellt die Grundlage für die Aktivierungskompetenz der KFA und im weiteren Sinne damit auch der Stadt Köln dar. Im besten Falle gelingt es der Freiwilligenagentur die Bürger_innen zu aktivieren und entsprechend einen Beitrag dazu zu leisten, dass diese ihre Bedarfe in Teilnahmeverfahren verorten und in Beteiligungsmöglichkeiten kanalisieren oder solche initiieren. Gesellschaftliche Akteur_innen und Bürger_innen können in einem weiteren Schritt, mittels der „Engagementberatung“, welche ebenfalls einen Teil der KFA darstellt, *gematcht* werden. Die Beratung ist sowohl analog in der KFA als auch digital erreichbar. Anhand des Matchings können weitere Informationen generiert werden, welche entsprechend das Kompetenzfundament nähren (Abb. 3).

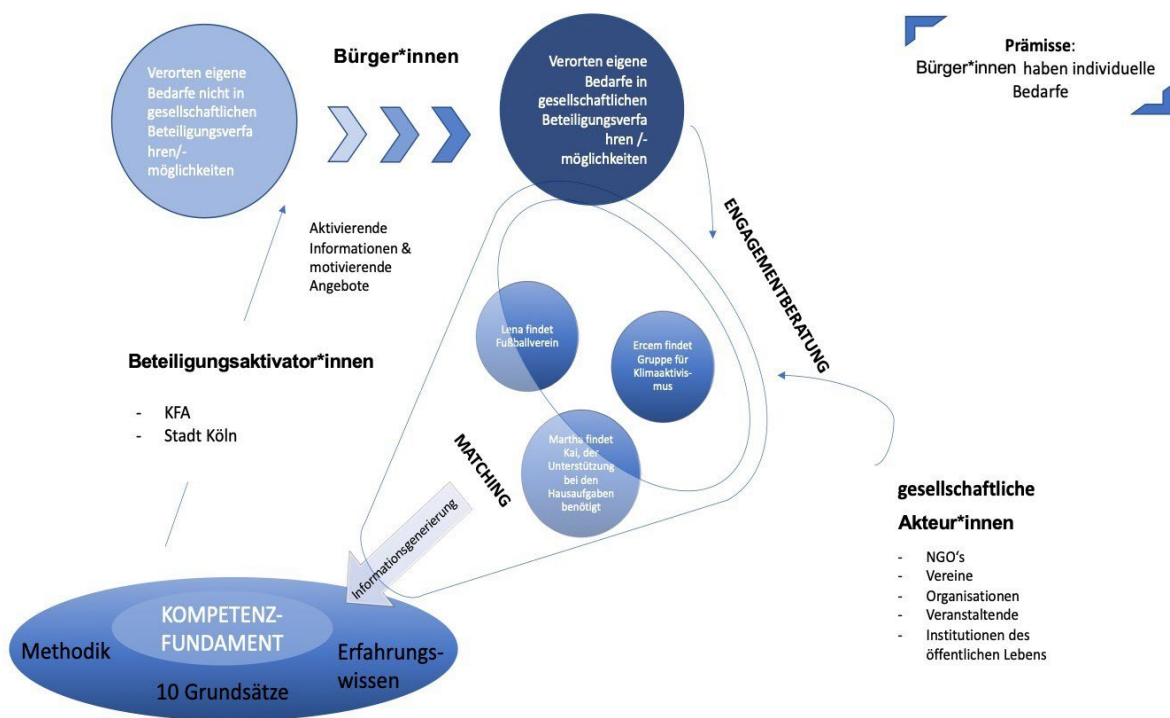


Abbildung 3: Modellhafte, praxisbezogene Teilnahmegewinnung (eigene Darstellung)

4. Zusammenfassung und Fazit

Diese Arbeit geht aus der Fragestellung hervor, wie Beteiligung der Menschen mit sogenannten schwachen Interessen gelingen kann. Bereits recht schnell hat sich gezeigt, dass die beiden Begrifflichkeiten „schwache Interessen“ und „Beteiligung“ eine Zusammenarbeit mit der Zielgruppe erschweren. In der nun folgenden, abschließenden Zusammenfassung werden diese und weitere Erkenntnisse dargestellt.

Grundlage dieser Arbeit war die Forschungsfrage „Wie können in den Kölner Veedeln Beziehungen für eine nachhaltige Zusammenarbeit mit den stillen Gruppen aufgebaut werden, um die Basis für eine bedarfsorientierte Stadtteilentwicklung zu schaffen?“ sowie die Hypothese „Es bedarf einer Beziehung, um eine nachhaltige Zusammenarbeit mit den Gruppen mit schwachen Interessen aufzubauen“. Diese Hypothese war zunächst Bestandteil der Bürger_innenbefragung und konnte durch diese in Teilen bestätigt werden. Vorhandene Strukturen werden als eine gute Möglichkeit zur Beteiligung wahrgenommen. Zudem sagten 28 der 59 Befragten aus, von städtischen Akteur_innen Unterstützung bei Beteiligungsanliegen zu erwarten. In der Expert_innenbefragung stellte sich darüber hinaus heraus, dass der Begriff „Beziehung“ präzisiert werden muss und vor allem eine professionelle Beziehung von Bedeutung ist. Die Methode der direkten Ansprache auf der Straße wurde als besonders effektiv für die Umsetzung verschiedener Anliegen genannt. Aus dieser Befragung wurden die drei Prinzipien „aufsuchend vor institutionalisiert“, „Lebenswelt- vor Anlassbezug“ und „Freiwilligkeit vor Zwang“ abgeleitet. Durch die zweite Erhebung konnte erneut die Bedeutsamkeit von Beziehung und Vertrauen bestätigt werden. Die drei Prinzipien fanden in den anschließenden Expert_inneninterviews weitestgehend Bestätigung, vor allem die ersten beiden Prinzipien riefen aber auch Gegenargumentationen hervor. Durch die Expert_innenbefragung wurde ebenfalls deutlich, dass es neben diesen niedrigschwelligen Methoden auch institutionalisierter Methoden bedarf. Neben der Gewinnung theoretischer Erkenntnisse war es zentral, auch konkrete Handlungsempfehlungen für die Praxis aufzustellen. Aus den Untersuchungsergebnissen wurden so 10 Grundsätze abgeleitet.

Auch der Beteiligungsbegriff wurde kritisch hinterfragt. Sowohl die Studienergebnisse als auch die vorausgeschaltete theoretische Diskussion haben gezeigt, dass Beteiligung ein sehr diffuser Begriff ist ohne eine eindeutige Definition. Die befragten Bürger_innen konnten sich nur schwer dem Begriff zuordnen, was an der Assoziation mit hochschwelligen und bürokratischen Beteiligungsverfahren lag. Im Sinne der Grundsätze für gelingende Bürger_innenbeteiligung erweist sich der Begriff der Beteiligung als ungeeignet und sollte durch ein Konzept, welches einen höheren Eigenbezug ermöglicht, ersetzt oder zumindest ergänzt werden.

Die ausführliche Diskussion des Begriffspaares „schwache Interessen“ verdeutlichte, dass diese Umschreibung unzulänglich in Anbetracht der subjektiven Bedeutsamkeit der Interessen jedes Einzelnen ist. Zu einem zentralen Ergebnis dieser Studie gehört demnach auch die Empfehlung viel eher von ungehörten Interessen zu sprechen. Es bedarf weiteren Anschlussforschungen, um zu überprüfen, inwieweit diese Interessen tatsächlich ungehört sind oder ob diese (un-)absichtlich ignoriert werden.

Um die Qualität der Studienergebnisse signifikant zu verbessern, wird empfohlen weitere Anschlussforschungen durchzuführen: zum einen bietet sich die Gelegenheit ähnlich strukturierte Forschungsvorhaben umzusetzen mit dem Ziel, die Grundsätze gelingender Bürger_innenbeteiligung zu überprüfen und zu generalisieren. Allgemeine Handlungsempfehlungen wie diese sind für die Praxis Sozialer

Arbeit von hohem Wert, benötigen aber eine entsprechend fundierte Empirie, die mit einer Einzelstudie keineswegs gegeben ist. Eine weiterführende Untersuchung der lebensweltbezogenen Interessen nach empirisch-kategorischer Aufteilung bietet ein Potenzial, um gezielt Interessen einzelner Teilgruppen im Stadtteil Kalk herauszufiltern. Die SINUS-Milieus bieten hierfür eine vielversprechende Prämisse.

Für die Zukunft der Bürger_innenbeteiligung lässt sich sagen, dass es empfehlenswert erscheint bestehende Angebote zu evaluieren, zu verdichten und besser zu bewerben. Agenturen wie die KFA könnten eine wichtige Brückenfunktion in der Neustrukturierung und Promotion der Bürger_innenbeteiligungsangebote übernehmen. Zudem empfiehlt es sich zukünftig die Selbstwirksamkeit der Bürger_innen zu fördern, um diese langfristig zu motivieren – auch wenn das Feedback nicht den Wünschen der Bevölkerung entspricht.

Quellen

Kluge, Susann (2001): Strategien zur Integration qualitativer und quantitativer Erhebungs- und Auswertungsverfahren. Ein methodischer und methodologischer Bericht aus dem Sonderforschungsbereich 186 „Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf“. In: Kluge, Susann/Keller, Udo (Hrsg.): *Methodeninnovation in der Lebenslaufforschung. Integration qualitativer und quantitativer Verfahren in der Lebenslauf- und Biographieforschung*, S. 37–88. Weinheim/München: Juventa Verlag.

Kölner Freiwilligen Agentur e.V. (2020): *Förderung Politischer Teilhabe*. <https://www.koeln-freiwillig.de/polpart/> [Zugriff am 25.09.2022].

McArthur, Park (2022): *John Dewey, Who? Neupräsentation der Sammlung für Gegenwartskunst*.

Toens, Katrin/Benz, Benjamin (Hrsg.) (2019): *Schwache Interessen? Politische Beteiligung in der Sozialen Arbeit*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Verbundprojekt ENGAGE (2022): Trendanalyse – Engagement und Beteiligung in Deutschland. https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/nachhaltigkeit/2021-04-01_engage_ap2_trendanalyse_arbeitspapier_mit_executive_summary_02.pdf [Zugriff am 25.09.2022].